

Arbeitskreis
Neue Psychiatrie im Bremer Westen

Ansprechpartner: Ulrich Wesseloh
0176 57769806
ulrich.wesseloh@ewe.net

An die
Senatorin für Gesundheit,
Frauen und Verbraucherschutz
Frau Claudia Bernhard

Faulenstr. 9/15
28195 Bremen

Bremen, den 13.12.2024

Offener Brief zur Gefährdung der Transformation der Psychiatrie in Bremen

Sehr geehrte Frau Senatorin Bernhard,

wir wenden uns mit einem offenen Brief an Sie, weil wir uns große Sorgen machen, dass die Transformation der Bremer Psychiatrie in der Form, in der sie im Bürgerschaftsbeschluss von 2013 angedacht wurde, scheitert.

Herr Dr. Zinkler wurde vor drei Jahren aufgrund seiner Expertise und Erfahrung, insbesondere aus Heidenheim, neben Herrn Dr. Bührig mit der Klinikleitung der Psychiatrie der Gesundheit Nord (GeNo) betraut. Die Beauftragung von Herrn Dr. Zinkler wurde in unserer Wahrnehmung von Ihnen 2021 aktiv unterstützt und sie stand und steht für das Vorhaben die Psychiatrie in Bremen von einer vorwiegend stationären und zentralen zu einer weitestgehend ambulanten Versorgung zu transformieren. Damit verbunden sind die Ziele des Abbaus von Klinikbetten und von Zwangsmaßnahmen.

Im Bürgerschaftsbeschluss von 2013 sind ebendiese Ziele formuliert und wir sind der Auffassung, dass Sie als Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz in der Mitverantwortung stehen, diese Ziele in die Praxis umzusetzen. Die seit einem Jahr als Modellprojekt etablierte Budgetfinanzierung nach § 64b SGB V ist ein zentraler Schritt der Transformation hin zu einer ambulanten und individuell ausgerichteten psychiatrischen Versorgung und ist der Klinikleitung als großer Erfolg anzurechnen, der insbesondere auf Erfahrungen von Herrn Dr. Zinkler mit der Budgeteinführung in Heidenheim zurückzuführen ist. Eine langfristige Implementierung dieser Errungenschaft in die psychiatrische Versorgung in Bremen ist allerdings von einem konsequent betriebenen Umbau von stationär zu ambulant abhängig.

Bereits seit längerer Zeit besteht der Eindruck, dass nicht alle Akteur*innen innerhalb der GeNo an einem Strang ziehen. Als entsprechende Hinweise werten wir verwirrende Entscheidungen bezüglich regionaler Verantwortlichkeiten, sowie die Installation einer Konzeptkommission, die bisher kaum relevante Beiträge zum Transformationsprozess geleistet hat. Vonseiten der beauftragten verantwortlichen Person für die Konzeptkommission ist kaum Interesse zu erkennen und sie war bei den meisten Sitzungen nicht anwesend. Es ist eher der Eindruck entstanden, dass diese Konzeptkommission vorrangig als Alibi für die Außendarstellung fungiert. Die anderen Verantwortlichen der GeNo waren in diesem Gremium in keiner Weise präsent.

Die Geschäftsführung der GeNo scheint sich nicht in der Verantwortung zu sehen, den Transformationsprozess aktiv zu begleiten bzw. umzusetzen, sondern torpediert ihn vielmehr – insbesondere durch personalpolitische Entscheidungen. Damit agiert sie als Gegenspielerin zu den auf politischer Ebene beschlossenen und notwendigen Veränderungen, und ihre rigorose Linie lässt offenbar Akteur*innen in der GeNo und in der Politik zunehmend kapitulieren.

Das wird jetzt wieder besonders deutlich, wo die Zukunft der Transformation unter der Leitung von Herrn Dr. Zinkler in Frage steht und er den begonnenen Transformationsprozess anscheinend nicht zu Ende bringen darf. Es gibt niemanden in Bremen, der auf ausreichende Erfahrung bei der Umsetzung eines solch komplexen Vorhabens zurückgreifen kann. Auch hier entsteht der Eindruck, dass nicht im Interesse der Nutzer*innen entschieden wird, sondern ein „unbequemer“ leitender Mitarbeiter aus seinem Amt gedrängt werden soll. Noch fataler ist, dass aus unserer Sicht die falsche Person gehen muss. Wenn es ein wirkliches Interesse am Transformationsprozess gibt, dann muss der nächste Schritt sein, die Menschen zu stärken und zu motivieren, die diesen konstruktiv und unter Beteiligung aller Akteur*innen voranbringen wollen. Viele Mitarbeiter*innen der GeNo und der anderen Beteiligten an dem Transformationsprozess sind motiviert, werden aber aus unserer Sicht durch wenig transparente Entscheidungen der Geschäftsführung der GeNo in ihrer Motivation ausgebremst - schlimmer noch - sie verlassen den Bereich.

Nach den Ereignissen der letzten Wochen drängt sich die Befürchtung auf, dass vonseiten der Geschäftsführung der GeNo Personalentscheidungen getroffen werden, die dazu führen, dass der ohnehin verzögerte Transformationsprozess endgültig zum Erliegen kommt oder derart umgedeutet wird, dass er schließlich mehr Etikett als tatsächlicher Fortschritt ist. Wenn interne Differenzen auf Kosten des Transformationsprozesses ausgetragen werden, ist das ein gravierender Rückschritt und ein fatales Signal - an Betroffene, an diejenigen, die sich für eine menschenwürdigere Psychiatrie engagieren und an alle, die seit Jahren auf eine bedeutsame Veränderung nach den Bürgerschaftsbeschluss von 2013 gehofft haben.

Dieser Transformationsprozess ist kein Selbstzweck. Es scheint zunehmend in den Hintergrund zu treten, dass er denjenigen Menschen dienen soll, die auf dieses System angewiesen sind. Sie sind die Leidtragenden von Narzissmen, Streitigkeiten und Trägheit. Wir sehen es als die Pflicht aller an diesem Prozess Beteiligten an, auf eine sichere,

menschenwürdige, bedürfnis- und nutzer*innenorientierte psychiatrische Versorgung hinzuwirken.

Wenn diejenigen, die sich aktiv für eine progressive und weitestgehend gewaltfreie Psychiatrie einsetzen, gehen müssen und zuständige Akteur*innen aus Politik und Psychiatrie eine tatsächliche Transformation nicht proaktiv mitgestalten, dann gewinnen diejenigen Oberwasser, die letztlich keine grundlegende Veränderung wollen und darüber hinaus den zunehmend lauten restriktiven Stimmen in unserer Gesellschaft folgen.

Wir bitten Sie in diesem Sinne eindringlich, sich aktiv und entschieden dafür einzusetzen, dass das Gelingen der Transformation der Bremer Psychiatrie nicht allein der Geschäftsführung eines Klinikverbundes überlassen wird, die offensichtlich kein Interesse an einem solchen Prozess hat. Wir finden es notwendig und wünschen uns, dass auf politischer Ebene diesbezüglich klar Stellung bezogen und Einfluss genommen wird – von Ihnen, sowie von allen demokratischen politischen Akteur*innen.

Mit freundlichen Grüßen

Der Arbeitskreis Neue Psychiatrie im Bremer Westen

Dieser offene Brief wird versendet an:

Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz Claudia Bernhard
Referat 24 Psychiatrie und Sucht Jörg Utschakowski und Katrin Lange
Vorsitzende der Geschäftsführung der Gesundheit Nord Dorothea Dreizehnter
Gemeindepsychiatrische Verbände (GPV) Mitte, Ost, Nord, Süd und West
Gesundheitspolitische Sprecher*innen Ralph Saxe (Bündnis 90 Die Grünen), Ute Reimers-Bruns (SPD), Rainer Bensch (CDU), Nelson Janßen (Die Linke) und Ole Humpich (FDP)
Gesundheitsamt Fachbereich Gemeindepsychiatrie Julia Ponke
Beiratssprecherin Walle Britgitte Grziwa-Pohlmann, Beiratssprecherin Findorff Svenja Rohlfing und Beiratssprecher Gröpelingen Martin Reinekehr
Ortsamtsleitung West Cornelia Wiedemeyer
Stadtteilsachgebietsleitung Walle Leon Czyborr
Gewerkschaftssekretärin Ver.di Kerstin Bringmann
Deutsche Gesellschaft für sozialen Psychiatrie (DGSP)
Presse